

# Hallesche Zeitung

## Landeszeitung für Provinz Sachsen, Anhalt und Thüringen

Wochen-Ausgabe

(Privilegiert 1703)

226 Jahrgang, Nr 31

Mittwoch  
6. Februar 1929

Anzeigenpreis für die Zeitungs-Blätter 10 Pf. für Familienanzeigen 6 Pf. Rabatt nach Tarif Kleine Anzeigen: 3 Pf. für 10 Zeilen 10 Pf. - Geschäftsstellen: Halle: Poststraße 51/52 - Berlin: Prenzlauer Straße 10 - Halle: Poststraße 51/52 - Halle: Poststraße 51/52 - Halle: Poststraße 51/52

### Rücktritt des Verkehrsministers

#### Das Zentrum sucht die Reichsregierung zu sprengen

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 5. Februar.

Die langwierigen Verhandlungen zwischen dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei, die Führung des Reichskanzlers den ganzen Dienstag vertagte, trat der Fraktionsvorkand des Zentrums am Abend zusammen, um die Ergebnisse zu besprechen. Die Sitzung dauerte nur kurze Zeit. Nach Schluß begab sich Reichsverkehrsminister Guérard zum Reichskanzler, um ihm seinen Rücktritt mitzuteilen.

Guérard-Rücktritt von Guérard teilte dem Reichskanzler während der ganzen Regierungsverhandlungen stets den Inhalt mit, daß er im Kabinett nicht verbleiben kann. Die Absicht des Zentrums nicht zurückzugeben. Derzeit hat sich eingereicht, sei, habe er sich genötigt, die Regierung zu bitten, ihm den Austritt aus der Reichsregierung zu gestatten. Reichskanzler Müller hat den Reichsverkehrsminister seine endgültige Entscheidung vorerst noch zurückgehalten, hat er noch einen letzten Vermittlungsversuch vornehmen lassen. Guérard hat dann seiner Fraktion von dem Wunsch des Reichskanzlers Kenntnis gegeben. Diese hat beschlossen, die endgültige Entscheidung bis Mittwoch 12 Uhr mittags zu verschieben, um auf diese Weise dem Reichskanzler Müller nicht die Möglichkeit zu nehmen, seinen letzten Vermittlungsversuch durchzuführen.

Am Dienstag vormittag in den Besprechungen des Zentrums mit den Führern der Deutschen Volkspartei und des von einer sogenannten Zwischenlösung erörtert worden. Das Zentrum neben seinem bisherigen Ministerpräsidenten noch einen zweiten Ministerpräsidenten erhält, und die Deutsche Volkspartei im preußischen Kabinett gleichfalls Ministerpräsidenten bekommt, dieser Gedanke aber keinen Anklang gefunden, sondern am Nachmittag eine gemeinsame Erklärung des Reichskanzlers mit den Vertretern des Zentrums, des Reichstages, und den Vertretern der Deutschen Volkspartei, Scholz und Kempkes, hat. In dieser Erklärung hat das Zentrum seinen Wunsch vor, zwei weitere Ministerpräsidenten im Reichskabinett zu besetzen, und zwar neben dem bisherigen Ministerpräsidenten des Reichstages und des Reichstages besetzen. Gleichzeitig erklärte sich das Zentrum auf die Zentrumsfraktion des preußischen Landtages einzugehen, die Deutsche Volkspartei in das preußische Kabinett zu nehmen. Ein Zeitpunkt für die Umbildung des Reichskabinetts wurde allerdings nicht angegeben.

Die Regierung trat die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei auf Wunsch des Reichskanzlers sofort zu einer Fraktionsversammlung, in der der Vorkand des Zentrums einmütig erklärte wurde. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei steht auf dem Standpunkt, daß die Regierungsumbildung in Anhalt und in Preußen gleichzeitig erfolgen müsse. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei teilten den Fraktionsbeschlüssen Reichskanzler mit der Bitte mit, ihm dem Zentrum zu überlassen, der Reichskanzler auch sofort tat. Darauf trat der Reichskanzler des Zentrums zusammen.

Die unerfüllte Wier des Zentrums nach Einfluß und nach immer größerer Macht hat die Verhandlungen zum Scheitern bringen müssen. Das Zentrum verlangte für sich zwei Sitze im Reichskabinett, der Deutschen Volkspartei machte aber nur ein recht zweifelhaftes Zugeständnis, in dem es dazu bereit erklärte, auf die preußische Zentrumsmehrheit einzugehen, daß die Deutsche Volkspartei in das Reichskabinett aufgenommen werde, wobei ein Zeitpunkt für die Umbildung des Reichskabinetts nicht angegeben wurde. Die Regierung hat aber vorgeschlagen für einen eigenen großen Ministerposten für die Art des Zentrums. Wie lange wollen sich die übrigen Parteien diese anmaßende Forderung des Zentrums gefallen lassen? Ist diese sogenannte Partei der Mitte wirklich so unentbehrlich, daß man ohne sie eine Regierung bilden zu können glaubt? Im Zentrum scheint schon die Frage im Hinterkopf groß geworden zu sein, so daß diese Forderung mit derartigen Forderungen ohne jede Rücksicht auf die übrigen Parteien, mit denen die Regierung gebildet werden kann, beantwortet werden.

Auf diese Forderungen des Zentrums geht wieder einmal der Reichskanzler des Reichstages parlamentarisch ein, bei dem es nicht darauf ankommt, daß das Zentrum

wird, was dem Staate zum Wohl gereichen kann, sondern bei dem einzig und allein ausschlaggebend ist, daß eine Partei für sich Ministerposten erhält, um sie als gute Freunde Parteiengenossen zu geben, die gerade wieder einmal an der Reihe sind, um in ein gut dotiertes Amt geschoben zu werden.

### Preger bei Braun

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 5. Februar.

Der amtliche Preussische Pressebericht teilt mit: Der bawische Gesandte in Berlin, Dr. von Preger, erfuhr am Montag nachmittag bei dem preussischen Ministerpräsidenten Braun. Der Gesandte sprach dem Ministerpräsidenten das Gebahren der bawischen Regierung über den Münchener Besatz und über die für die Kritik gewählte Form aus.

Der preussische Gesandte in München, Dr. Dentz, verläßt heute Berlin, um sich wieder auf seinen Münchener Posten zu begeben.

### Fiasco auch in Preußen

#### Auch hier überspannte Forderungen des Zentrums

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 6. Februar.

Der interfraktionelle Ausschuss des Preussischen Landtages trat am Dienstag 1/3 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Ministerpräsident Braun gab eine Darlegung des Standes der Verhandlungen in der Koalitionsfrage und der Besprechungen mit dem Führer der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Abgeordneten Stendel. Die in Aussicht gestellte gemeinsame Besprechung der Regierungsparteien mit der Deutschen Volkspartei wird demnächst stattfinden. Ein bestimmter Zeitpunkt ist noch nicht festgelegt. Inzwischen werden die Verhandlungen weitergeführt.

Das Zentrum ließ in dieser Sitzung mitteilen, daß es auf seiner Forderung der drei Ministerposten in Preußen besthebe. Damit dürften vorläufig die Verhandlungen in Preußen festgefahren sein, wenn sich nicht noch wider Erwarten ergeben sollte, daß sich eine Möglichkeit für die Erfüllung der Wünsche der Volkspartei durch ein Nachgeben anderer Parteien ergibt.

Wie im Reich, so hat auch in Preußen das Zentrum die gleiche Politik der überspannten Forderungen verfolgt, wobei es sich von vornherein darüber klar sein mußte, daß die Verhandlungen auf diese Weise zum Scheitern bestimmt waren. In Preußen wie

### Der Kellogg-Pakt vom Auswärtigen Ausschuss genehmigt

#### Ein Zusatz-Entschlebung fordert allgemeine Abrüstung

(Telegraphische Meldung)

Berlin, 5. Februar.

Der Reichstagsausschuss für auswärtige Angelegenheiten ist am Dienstag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Scheidemann (Soz.) zusammengetreten, um handels- und außenpolitische Fragen zu behandeln. Auf Reichsaussenminister Dr. Stresemann und Staatssekretär von Schubert nahmen an den Beratungen teil.

In der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses wurde zunächst der deutsch-litauische Handels- und Schiffsverkehrsvertrag behandelt und nach längerer Aussprache dem Handelspolitischen Ausschuss des Reichstages überwiesen. Es folgte die Besprechung des Abkommens zur Verlegung der finanziellen Streitfragen zwischen Deutschland und Rumänien. An der Aussprache beteiligte sich auch der Reichsaussenminister. Das Abkommen wurde schließlich ohne Widerspruch gleichfalls dem Handelspolitischen Ausschuss des Reichstages zugewiesen. Der Ausschuss trat dann in die Beratung des Kriegsbudgets ein.

### Rumänien unterzeichnet das Litwinow-Protokoll

(Telegraphische Meldung)

Bukarest, 5. Februar.

Nach einem Vortrag des rumänischen Außenministers Mironescu im Ministerrat, ist der Warschauer Gesandte Davila beauftragt worden, am 7. Februar nach Moskau zu fahren, um das Litwinow-Protokoll für Rumänien zu unterzeichnen. Mironescu erklärte Pressevertretern, dieser Schritt bedeute die Verwirklichung der Friedenspolitik auf der Grundlage des Kellogg-Paktes in Südosteuropa.

\*

Moskau, 5. Februar.

Im Anschluß an die Erklärung des polnischen Gesandten in Warschau, Batek, daß die polnische Regierung bereit sei, das Litwinow-Protokoll zu unterzeichnen, ist der Zeitpunkt der Unterzeichnung auf den 7. Februar 12 Uhr festgelegt worden. Sämtliche ausländischen Vertreter werden an diesem Tage von dem Vorsitzenden des Vollzugsausschusses der Sowjetunion, Kalinin, empfangen werden, wobei dieser eine Rede über die Bedeutung des Litwinow-Protokolls für den Frieden halten wird. Eine Antwort der rumänischen Regierung ist in Moskau noch nicht eingetroffen. Die rumänische Regierung wird sich nachher noch durch den polnischen Gesandten Batek vertreten lassen.

im Reich verfolgt das Zentrum das gleiche Ziel, zu dessen Erreichung ihm jedes Mittel recht ist.

### Trotki in Moskau eingetroffen

(Telegraphische Meldung)

Moskau, 5. Februar.

Trotki ist am Dienstag unter strenger Bewachung in einem Salonwagen hier eingetroffen. Er hat in der Umgebung Moskaus Wohnung genommen, wo er bis zu seiner Abreise nach dem Ausland verbleiben wird. Damit werden die Nachrichten über eine Flucht Trotkis, seinen Untergang im Schwarzen Meer und ähnliches widerlegt.

\*

Berlin, 5. Februar.

Der Berliner 'Völkercourier' meldet, daß am Montag der russische Botschafter in Berlin im Auswärtigen Amt vorgesprochen und um die Einreise- und Aufenthaltsgenehmigung für Trotki nachgeholt habe. — Wie die 'Telegraphen-Linien' hierzu von deutscher sowohl wie russischer zuständiger Stelle erfährt, entspricht diese Nachricht nicht den Tatsachen. Die russische Botschaft erklärt ausdrücklich, der Botschafter habe bei der deutschen Reichsregierung keinen Schritt wegen der Einreise Trotkis unternommen.

Nach längerer Aussprache genehmigte die Mehrheit des Auswärtigen Ausschusses den Kellogg-Pakt und nahm gleichzeitig folgende Entschlebung des Abgeordneten von Rheinbaben (D. V. P.) an:

Der Reichstag erwartet, daß die Reichsregierung, entsprechend der Erklärung in der Note des Reichsministers des Auswärtigen an den amerikanischen Botschafter in Berlin vom 27. April 1928, das Inkrafttreten des Kellogg-Paktes zum Anlaß nimmt, um auf Grund dieser neuen Garantie für die Erhaltung des Friedens bei den Beziehungen der Vertragspartner und im Einklang mit der Erfüllung der Verpflichtungen zur allgemeinen Abrüstung sowie zum Ausbau der Möglichkeiten, verbundene und entlastende Gegenseite der Völkereisen und oftentunden Angelegenheiten auf friedlichem Wege zu beilegen, mit allem Nachdruck hinzuwirken.

Zum Schluß der Sitzung wurden noch Rezessionsfragen behandelt.











